



Viele Studierende bewegen sich an der Armutsgrenze.

Foto: dpa

## „Studierende sparen am Essen“

Ein Drittel aller Studierenden lebt laut einer Studie in Armut. An den Unis Paderborn und Bielefeld kennt man die Situation. Anträge auf BAföG gehen aber zurück.

Anneke Quasdorf

**Bielefeld/Paderborn.** Ein Drittel aller Studierenden in Deutschland lebt in Armut. Dies ist das Ergebnis einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Seit langem gibt es deshalb Forderungen nach einer gravierenden BAföG-Reform. Allerdings zeigen bundesweite und regionale Zahlen: Trotz finanzieller Probleme gehen die Anträge für die finanzielle Unterstützung stetig zurück.

Grundsätzlich ist in Deutschland genau festgelegt, wer als arm gilt. Berechnet wird das nach dem Durchschnittseinkommen inklusive Sozialleistungen. Laut statistischem Bundesamt liegt dieses bei Einzelpersonen derzeit bei 1.301 Euro. Jede Person, die 60 Prozent dieses Wertes oder weniger zur Verfügung hat, gilt als arm. Laut Paritätischem Wohlfahrtsverband liegt das mittlere

Einkommen armer Studierender bei 802 Euro. „Gerade angesichts der aktuellen Preissteigerungen drohen weitere harte Belastungen, Verschuldung und Studienabbrüche“, so ein Sprecher.

An den Hochschulen in OWL ist angesichts dieser Zahlen niemand überrascht. „Beziffern können wir das nicht“, sagt Jacqueline Bettels vom Studierendenwerk. „Aber wir wissen, dass viele Studierende finanzielle Sorgen haben.“ Besonders das Thema Wohnen sei problematisch. „Die Wohnpauschale beim BAföG beträgt 325 Euro – die einzigen, die aber überhaupt noch in dieser Miethöhe Wohnraum zur Verfügung stellen, sind wir und die BGW. Ansonsten ist es fast unmöglich, unter 400 bis 500 Euro unterzukommen.“

Aufschluss über die Situation von Studierenden gibt auch die Zeit der pandemiebedingten

Überbrückungshilfen von Juni 2020 bis September 2021. „Um diese Hilfe zu bekommen, musste man seine Verhältnisse sehr offenlegen“, so Bettels. „Und wir haben in dieser Zeit klar gesehen, dass die Mehrheit der rund 10.000 Antragsteller überhaupt keine Rücklagen hatte. Wir haben Kontoauszüge gesehen, auf denen noch 2,41 Euro waren – und die Miete stand noch aus.“ Nur 60 Prozent der Anträge konnte das Studierendenwerk bewilligen. Auch das zeigt die Problemlage auf, denn nach Angaben von Matthias Anbuhl, Generalsekretär des Deutschen Studierendenwerks waren diese Studierenden zwar in einer finanziellen Notlage, diese bestand aber schon vor der Pandemie und unabhängig von der Pandemie.

In merkwürdigem Gegensatz dazu steht, dass die Anträge auf BAföG seit Jahren zurückgehen – um über 50 Prozent seit Ein-

führung im Jahr 1971. Für Nadine Yilmaz-Fischer vom Studierendenwerk Paderborn erklärt sich das eindeutig durch die zu geringen Sätze: „Das BAföG hält nicht mit. Das kann man erneut auch wieder daran sehen, dass mit der bevorstehenden Reform zum kommenden Wintersemester die Bedarfssätze um fünf Prozent angehoben werden sollen – währenddessen steht die Inflation derzeit bereits bei sieben Prozent.“

Ursel Sickendiek von der Studierendenberatung der Uni Bielefeld kennt die Probleme – und auch die Vorurteile. „In der Gesellschaft herrscht immer noch der Gedanke vor, dass Studierende eine privilegierte Gruppe sind, aus guten Verhältnissen kommend, Bildungsgewinner. Oft stimmt das ja auch – aber eben nicht immer.“ So gebe es Studierende, die zwar aus guten Verhältnissen kämen – zahlen würden die Eltern dennoch nicht

kontinuierlich. Es gebe viele Studierende mit Kindern, teils alleinerziehend, für die es unmöglich sei, nebenher zu jobben. Ältere Studierende hätten prinzipiell keinen Anspruch auf BAföG.

So unterschiedlich aber all diese Menschen auch seien, für sie alle gelte: „Sie haben massive Existenzsorgen. Wir hören oft, dass sie schlicht und einfach auch am Essen sparen und sich nicht mal regelmäßig die Mensa leisten können.“ Diese Beobachtung macht auch Jacqueline Bettels von Studierendenwerk. „Wir können das nicht in Zusammenhang setzen, dafür gibt es keine Belege. Fakt ist aber, dass die Zahl der ausgegebenen Essen in den vergangenen zwei Jahren massiv gesunken ist – auch nachdem der Betrieb an der Uni wieder aufgenommen wurde.“ Rund 3.200 Gerichte seien es derzeit – von ehemals 6.000 bis 7.000 pro Tag.

## Branche sucht Lösungen für Immobilienmarkt

Joachim Göres

**Hannover.** Baumaterialien werden knapp, die Baukosten steigen, der Energieverbrauch beim Wohnen soll angesichts der Abhängigkeit von russischem Gas und Öl dringend gesenkt werden – einige der großen Herausforderungen, vor denen Immobilienunternehmen derzeit stehen. Auf der erstmalig in Hannover veranstalteten Fachmesse Real Estate Arena diskutierte die Branche diese Woche die aktuelle Lage und präsentierte Lösungsvorschläge.

„Wir haben einen Bautypen für bezahlbaren Wohnungsbau entwickelt, der in Berlin und in Süddeutschland schon realisiert wurde und den wir hier in Hannover Kommunen und Investoren vorstellen wollen“, sagt Stephan Bahr von der Bielefelder Goldbeck GmbH, einer der mehr als 160 Aussteller. Bahr, Leiter der gerade eröffneten Goldbeck-Geschäftsstelle Braunschweig, spricht von vollen Auftragsbüchern und hofft gleichzeitig auf mehr Nachfrage gerade im sozialen Wohnungsbau.

„Unsere Elementbauweise ist förderungsfähig, doch Investoren sind mehr am gehobenen Wohnungsbau interessiert. Es fehlt an politischen Programmen, um den sozialen Wohnungsbau stärker zu unterstützen und für Investoren interessant zu machen“, sagt Bahr. Insgesamt rechnet er mit weiter steigenden Preisen für Baustoffe.

Die Bremer AG ist Spezialist für Gewerbeimmobilien, von der Entwicklung über die Herstellung von Fertigteilen bis zur schlüsselfertigen Übergabe und den Betrieb. Dazu gehören Einkaufszentren, Produktionsgebäude, Logistikhallen und Büros. „Derzeit steigen die Preise, deswegen ist eine abwartende Stimmung bei potenziellen Kunden zu spüren. Mit der Resonanz auf der Messe bin ich aber sehr zufrieden“, sagt Vorstand Michael Dufhues. Er präsentierte in Hannover Lösungen für die Digitalisierung von Gebäuden, die zum Einsparen von Energie beitragen sollen.

Zu den Projekten des Ingenieurbüros Elplan aus Minden zählen unter anderem die Planung der neuen Martin-Niemöller-Schule in Bielefeld, der Sanierung des Stadttheaters Minden und des Neubaus des Kommunalen Rechenzentrums in der Stadt Lemgo. „Unser Schwerpunkt sind neue Energiekonzepte, daran gibt es ein großes Interesse.“

Durch den Einsatz digitaler Technik können Ressourcen geschont und Gebäude wirtschaftlicher betrieben werden“, sagte Geschäftsführer Fred Hölter. „Allerdings herrscht derzeit auch bei Auftraggebern eine gewisse Verunsicherung wegen der Zinserhöhung, des Krieges in der Ukraine und den Lieferengpässen.“

Nach einer aktuellen Umfrage des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW müssen 67 Prozent der befragten 174 Wohnungsunternehmen den geplanten klimaschonenden und altersgerechten Umbau ihrer Wohnungen vorläufig auf Eis legen. 64 Prozent der Befragten müssen Neubauprojekte zurückstellen. Grund sind Lieferkettenprobleme und Materialmangel – erdölbasierte Baustoffe wie Bitumen als Bestandteil von Stahl und Aluminium stammen vor allem aus Russland und der Ukraine.

## Wenn der Reifen den Fahrer informiert

Unternehmen aus OWL präsentieren Neuheiten auf internationaler Reifenfachmesse in Hannover.

Joachim Göres

**Hannover.** Der Reifen rollt – Reifenhersteller haben in den letzten Jahren gute Geschäfte gemacht. Doch der Krieg in der Ukraine macht der Kautschukindustrie zu schaffen, denn der für die Reifenproduktion notwendige Rohstoff Ruß wurde bislang zu mehr als einem Drittel aus Russland bezogen. Diese Lieferungen fallen aus. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach Reifen und Zulieferprodukten. Die Auswirkungen wurden auf der dreitägigen internationalen Reifenmesse Tire Technology Expo diskutiert, die in Hannover stattgefunden hat.

„Die Lieferzeit für Produkte unserer Zulieferer aus Asien hat sich um 50 Prozent erhöht. Darüber sind unsere Kunden sehr sauer, aber sie haben keine Alternativen und müssen die Si-

tuation akzeptieren“, sagte Michael Proeller, Geschäftsführer von Erhardt + Leimer. Das bayerische Unternehmen, das auch in Bielefeld produziert, ist nach eigenen Angaben derzeit der einzige Anbieter von Maschinen für die Produktion von RFID-Chips für Reifen. Ab 2023 sind solche Reifen mit Radio-Frequency-Identification-Technik laut Proeller in China Pflicht, andere Länder dürften bald folgen.

In Hannover war das Interesse bei den Fachbesuchern groß, die sich nach längerer Corona-Pause wieder direkt über Neuheiten in der Branche informieren wollten. „Wir werden sicher nicht die einzigen RFID-Anbieter bleiben, doch wir profitieren von dieser Entwicklung. Für die Zukunft bin ich optimistisch“, sagte Proeller, der für das Jahr 2022 mit rund 200 Millionen Euro Um-



Und noch eine Geschäfts-Verbindung mit Russland: Der Reifen-Rohstoff Ruß kommt auch von dort. Foto: dpa

satz rechnet. Auch die Siemens AG, die mit einem Standort in Paderborn vertreten ist, präsentiert sich auf der Reifenmesse. Laut Maximilian Sackerer liefert Siemens für alle großen Reifenhersteller unter

anderem Simulationstools, mit deren Hilfe die Herstellung von neuen Produkten simuliert und so optimiert werden kann, bevor die Fertigung startet. „Wir machen immer mehr Umsätze in der Reifensparte, techni-

sche Neuerungen wie die RFID-Chips spielen eine immer größere Rolle. Das Interesse auf dieser Messe ist sehr groß“, sagt Sackerer.

Reifen und ihre Produktion stehen seit langem wegen der negativen Folgen für die Umwelt in der Kritik. Umweltverschmutzung entsteht zum einen durch den Verbrauch fossiler Kraftstoffe, die verbrannt werden müssen, um den Rollwiderstand der Reifen zu überwinden. Hinzu kommt der Reifenabrieb, durch den 100 Mal mehr Partikel in die Umwelt abgegeben werden als durch den Auspuff. Branchenkenner David Shaw bestätigt im Fachmagazin Gummi Fasern Kunststoff (GAK) diese Argumente. „Was die Nachhaltigkeit angeht, ist die Reifenindustrie in jeder Hinsicht eine Katastrophe“ lautet sein Fazit.